Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ¼3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Post-nachnahme.

№ 236. Sonnabend den 24. August 1889. 83. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 25. August, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 24. d. Mon., soll mit der Umänderung der Wasserleitungsanlagen und mit der Trottoirlegung in der

Königsstraße

begonnen werden.

Letztere wird deshalb vom bezeichneten Tage ab auf der Strecke vom Roßplatze bis zur Beendigung der Arbeiten **für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 23. August 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen des Einlegens von Wasserrohrsträngen wird **die Bayerische Straße** von der Moltke-Straße bis zur Kantstraße **von Freitag, den 23. dss. Mts. ab** auf die Dauer der Arbeiten **für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 21. August 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 6351. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier **Donnerstag, den 29. August a. c., Vormittags von 9 Uhr an eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten** und dergleichen mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 22. August 1889.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Junghähnel.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Ober-Postdirection lagern die nachbezeichneten unbestellbaren Postsendungen:

Einschreibbriefe. Aus Leipzig: an Schuhmachermeister Franke in Leipzig, Lützowstr. 8, II., v. 28./1. 89; an Siegmund in Breslau, v. 28./2. 89; an cand. chem. Gotolet in Würzburg, Bolleplatz 18, v. 8./3. 89; an Julius Rothe in Gostlaf, postlagernd v. 26./2. 89; an Willy von Köpern in Hamburg, Gr. Kirchgasse 18, III., v. 10./4. 89; an Bertha Beirut bei Abt & Kassel in Berlin, Kesselstraße 38, v. 5./4. 89; aus **Plauen (Vogtl.):** an Fabrikbes. J. Barfert in Reichenbach (Vogtl.), v. 28./3. 89; aus **Zwickau (Sa.):** an Frl. Anna Wittich in Zwickau (Sa.), Weiers Haus, Leipzigerstr., v. 20./3. 89; aus **Chemnitz:** an Mar. Wolaski Breitestr. in Gnesen (Polen), v. 6./3. 89; aus **Leipzig-Reudnitz:** an Gerber, Kohlenwerei Pfaffendorf, v. 17./3. 89. **Eingeschriebene Drucksache** aus Leipzig an Frl. Katharina Lleimann in Stuttgart, Kl. Domstr. 25, v. 15./2. 89. **Eingeschriebene Postkarte** aus Leipzig an die Berliner Schneiderakademie, Director Kuhn, in Berlin, Kommandantenstr. 10, v. 27./3. 89. **Geldbrief** aus Leipzig an Frau Sophie verw. Gebauer in Isle (Frankreich) postl., v. 6./12. 88 mit 20 ℳ. **Brief mit nicht angegebenem Werthinhalt** aus **Markranstädt** an Frl. Auguste Müller in Leipzig, Gr. Fleischergasse 8, v. 11./4. 89. **Brief mit gold. Ring** aus Leipzig an Frl. Anna Irmischer in Leipzig hauptpostl., vom 15./2. 89. **Drucksache mit 2 gold. Shlipsnadeln** aus Leipzig an Caroline Simonds in Dayton, Ohio, v. 2./5. 89. **Postanweisungen:** Aus Glauchau: an Thomas in Gotha, v. 16./11. 88, über 3 ℳ 50 ₰; aus Leipzig: an Richter in Berlin W, v. 5./12. 88, über 4 ℳ; aus Plauen (Vogtl.): an Paul Dietsch in Augsburg, v. 4./3. 89, über 3 ℳ; aus **Chemnitz:** an Hotel Deutsches Haus in Leipzig, v. 25./4. 89, über 5 ℳ. **Nachnahme-Postanweisung** aus Göhnitz (S.-A.): an Franz Müller in Leipzig, Roßplatz 18, III., v. 10./1. 89, über 2 ℳ 50 ₰. **Packete:** Aus **Chemnitz:** an F. Grundmann in Dresden-Altst. postlagernd, v. 14./1. 89; aus **Leipzig-Plagwitz:** an Wladimir Weber, Adr. Frau Hein in Siben (Kurland), v. 18./10. 88; aus **Zwickau (Sa.):** an Schwarz in Glauchau postlagernd, v. 11./4. 89.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei einer Postanstalt des Ober-Postdirections-Bezirks Leipzig geltend zu machen. Haben sich innerhalb der gedachten Frist zur Rückforderung Berechtigte nicht gemeldet, so werden die Geldbeträge der Postunterstützungscasse überwiesen und der zum Verkauf geeignete Inhalt der Sendungen zum Besten dieser Casse öffentlich versteigert werden.

Leipzig, 19. August 1889.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Ausschreibung

für den Neubau eines Schulgebäudes nebst Turnhalle und Abortanlagen in Lindenau-Leipzig.

Es sollen zunächst:

1) die **Erd- und Maurerarbeiten,**
2) die **Isolirungs- und Asphaltirungs-Arbeiten,**
3) die **Granit- und Steinmetzarbeiten**

vergeben werden und sind die Unterlagen gegen Erlegung der Copialgebühren bei den bauleitenden Architecten Herren Ludwig und Hülßner, Leipzig, Lampestraße Nr. 1, bei welchen auch die Zeichnungen, Bedingungen und Verträge einzusehen sind, in Empfang zu nehmen.

Die Offerten über Maurer- und Isolirungsarbeiten sind bis zum **31. August c.,** die Granit- und Steinmetzarbeiten bis **6. September c., Mittags 12 Uhr,** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, an das Gemeinde-Amt Lindenau abzuliefern.

Der Schulvorstand behält sich die Auswahl unter den Bewerbern in jeder Beziehung vor.

Lindenau, am 23. August 1889.

Der Schulvorstand.
Laas, Vorsitzender.

Elsaß-Lothringen.

Das Kaiserpaar hat durch seine Anwesenheit in Straßburg Wirkungen auf die Bevölkerung erzielt, welche alle Erwartungen weit übertreffen, es ist nur eine Stimme darüber, daß Kaiser Wilhelm und die Kaiserin die Herzen der Elsässer durch die liebenswürdige Natürlichkeit und die leutselige Unbefangenheit ihrer Persönlichkeit und ihres Auftretens erobert und dauernd gewonnen haben. Das Fest im Stadthause zu Straßburg hat den Bann, welcher noch auf den Gemüthern eines Theiles der einheimischen Bevölkerung lastete, gelöst, das Elsaß hat begonnen, sich in die bestehenden Verhältnisse hineinzuleben, der Gedanke an die Wiedervereinigung mit Frankreich ist als aufgegeben zu betrachten, der Traum des fortdauernden Zusammenhanges mit Frankreich ist der Wirklichkeit der Verschmelzung des Elsaß mit dem deutschen Reich gewichen. Das sicherste Zeichen des geschehenen Umschwunges ist, daß den Bürgermeistern und Dorfschulzen, welche es bisher noch für nöthig hielten, französisches Wesen zu affectiren und französisch zu radebrechen, plötzlich die Maske herabgefallen ist und daß sie sich ihrer Muttersprache im Gespräch wie beim Absingen deutscher Lieder bedient haben. Dieses Wunder hat die persönliche Berührung mit dem deutschen Kaiserpaar gewirkt, dem Zauber, welcher von ihm ausstrahlte, haben sich die Elsässer nicht zu entziehen vermocht. Das „Wiener Fremdenblatt“ hat das rechte Wort für die neue Sachlage gefunden: „Ein Blick auf den jungen Kaiser zeigt den Reichslanden die Jugend und die Hoffnungsfreudigkeit des Reiches, dem sie angehören, und lehrt, daß auf dieser Seite die Zukunft ist, der sich das Elsaß zuwenden wird nach dem natürlichen Gesetz für alles Lebende.“

Auf der anderen Seite zeigt sich das Bild der in der Auflösung begriffenen französischen Republik, für welche aber der Ersatz noch nicht gefunden ist. Die Wahlen vom 29. September sollen die Entscheidung darüber bringen, ob Frankreich seine Hoffnung noch auf Boulanger richtet oder ob es dem Flüchtling endgiltig den Rücken gewandt hat. Solche Zustände können auch Denen nicht begehrenswerth erscheinen, welche zwei Jahrhunderte mit Frankreich vereint gewesen sind, sie können die Selbsttäuschung nicht so weit treiben, daß sie die Zusammengehörigkeit mit einem kranken Staatswesen der Vereinigung mit dem gesunden ihrer Heimath vorziehen. Es ließ sich verstehen, daß die Elsässer die Einheit des mächtigen Frankreich mit der Zerrissenheit des ohnmächtigen Deutschland nicht vertauschen wollten, aber die Zeiten haben sich geändert, Deutschland steht heute groß und mächtig, einig und selbstbewußt da, während Frankreich seine Kraft und den Reichthum des Landes für Kriegsrüstungen verschwendet, die hoffentlich niemals zur Verwendung gelangen werden. Die Elsässer haben es in diesen Tagen gesehen, was ein Heer von fester, seit langer Zeit erprobter Organisation unter monarchischer Oberleitung werth ist. Die französische Armee entbehrt der Spitze und ist der Gegenstand fortwährender Experimente. Erst vor wenigen Wochen ist eine neue Organisation mit dreijähriger Dienstzeit unter der Fahne zum Abschluß gelangt, die sich erst noch zu bewähren hat, aber der Proceß gegen Boulanger hat die Verhältnisse aufgedeckt, welche im Kriegsministerium geherrscht haben, daß die Gelder, welche für Wehrzwecke bestimmt waren, zur Förderung persönlicher Interessen verbraucht worden sind und daß patriotischer geartete Kriegsminister diese Mißstände aus thörichter Furcht vor den Anhängern Boulanger's vertuscht haben.

Als Kaiser Wilhelm von der Truppenschau an der Spitze des Fahnenbataillons zurückkehrte, glich der Marsch desselben durch die Straßen von Straßburg bis zum Kaiserpalast einem Triumphzug, die jubelnden Zurufe der Bevölkerung wollten kein Ende nehmen, der Eindruck des militairischen Schauspiels war so mächtig, daß Niemand sich ihm zu entziehen vermochte. Das sind Anfänge, mit welchen man wohl zufrieden sein darf, weil sie zu der sicheren Erwartung berechtigen, daß sie sich bald in einen dauernden Zustand verwandeln werden.

Von großer Wichtigkeit für die Zukunft von Elsaß-Lothringen ist auch das gute Verhältniß, welches zwischen dem Statthalter und der Bevölkerung besteht, die Veranstaltung des festlichen Empfanges und des gesammten Festprogramms hatte zur Voraussetzung, daß die Vertreter der Gemeinden mit der Regierung in gutem Einvernehmen stehen. Daß dies der Fall ist, hat sich besonders bei dem Fest im Stadthause herausgestellt, ein so harmonisches Zusammenwirken aller Betheiligten, wie es nach allen Berichten vorhanden war, wäre nicht möglich gewesen, wenn der Statthalter seine Aufgabe nicht verstände. Aber der Kaiser fand den Boden aufs Beste vorbereitet, um durch sein persönliches Auftreten die gewünschte Wirkung hervorbringen zu können.

Wir stehen allem Anschein nach jetzt am Abschluß einer Periode, welche für das deutsche Reich eine harte Prüfung war. Frankreich hat alle Kräfte angestrengt, um den idealen Zusammenhang mit dem Elsaß aufrecht zu erhalten, es hat aber nicht verhindern können, daß die bessere Einsicht bei der Bevölkerung des Elsaß trotz aller gegentheiligen Bemühungen allmälig zum Durchbruch gekommen ist, daß die Elsässer das ihnen aufgedrungene Franzosenthum endlich abzustreifen anfangen und sich der Thatsache erinnern, daß sie ihrem Wesen und ihrer Abstammung nach Deutsche sind. Zwei Jahrhunderte sind eine lange Zeit, und daß sich im Laufe derselben Vorstellungen bilden und Entwickelungen anbahnen, welche nicht durch einen Friedensvertrag plötzlich ungeschehen gemacht werden können, ist selbstverständlich. Aber die Geschichte der letzten 19 Jahre war für das deutsche Elsaß sehr lehrreich, sie gab zu Vergleichungen Gelegenheit zwischen der Vergangenheit unter französischer Herrschaft und der Zukunft, welche von der Zusammengehörigkeit mit Deutschland zu erwarten ist. Den Franzosen galten die Elsässer niemals als gleichberechtigt, sie wurden mit Hohn und Spott als deutsche Querköpfe behandelt, welche es niemals wagen konnten, sich mit französischem Esprit und mit französischer Eleganz, mit französischem Chic zu messen. Die Witzblätter waren stets voll von derartigen Anspielungen. Deutschland dagegen hat Elsaß als ein mit seinem Blute zurückerobertes deutsches Gebiet freudig willkommen geheißen und hat sich bemüht gezeigt, allen seinen Wünschen nach Kräften zu entsprechen. Daß die dargebrachte Freundlichkeit durch Kälte und Zurückhaltung erwidert wurde, konnte uns nicht überraschen, unsere alten Stammesgenossen waren uns im Laufe der langen Zeit fremd geworden, sie hatten sich in die französischen Anschauungen eingelebt und sind durch die Wiedervereinigung mit Deutschland auch zum Theil materiell geschädigt worden. Aber die Summe des Verlorenen im Vergleich mit dem Gewonnenen hat sich doch zu Gunsten des letzteren herausgestellt, die neuen Verhältnisse sind in jeder Beziehung, auch in materieller entwickelungsfähiger als unter französischer Herrschaft, und endlich spricht doch auch die Thatsache des deutschen Ursprunges eine vernehmliche Sprache, welche zum Herzen dringt und den angewöhnten und aufgezwungenen französischen Flitterkram wieder zu beseitigen vermag.

Leipzig, 24. August.

* Mit Sr. Durchl. dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck, welcher sich am Dienstag Nachmittag zu längerem Aufenthalt nach Friedrichsruh begeben hat, sind nunmehr auch sämmtliche Staatsminister von Berlin abwesend. So weilt der Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister v. Boetticher, mit Urlaub in Karlsbad, desgleichen der Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Maybach, in der Schweiz, der Finanzminister v. Scholz auf seiner bei Constanz am Bodensee belegenen Besitzung, der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Dr. v. Goßler, in Tarasp, der Justizminister v. Schelling in Tirol, der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, Dr. Frhr. Lucius v. Ballhausen, vorläufig in Ostende und der Minister des Innern, Herrfurth, hat sich zu mehrwöchentlichem Aufenthalt nach Karlsbad begeben. Der Staatssecretair des Auswärtigen, Staatsminister Graf Herbert v. Bismarck, und der Kriegsminister v. Verdy du Vernois befinden sich augenblicklich mit Sr. Maj. dem Kaiser und König im Reichslande. Vollständig wird das Staatsministerium erst Mitte October, nach Ablauf des Urlaubes der Mitglieder, in Berlin wieder versammelt sein, mit Ausnahme des Fürsten Bismarck, dessen Rückkehr nach Berlin zu dauerndem Aufenthalt man vor November nicht erwartet.

* Die „Kölnische Zeitung“ kommt auf ein bereits erwähntes, von einigen Blättern aber dementirtes Heirathsproject zurück. Das rheinische Blatt schreibt:

Wenn sich die Nachricht bestätigt, daß der künftige Thronerbe des Großherzogthums Luxemburg, der Sohn des Herzogs von Nassau, sich mit der Schwester unseres Kaisers vermählen wird — wie ja schon durch die Verbindung zwischen dem Erbgroßherzog von Baden, dessen Wiederherstellung von seiner jüngsten Erkrankung nicht blos im Lande Baden, sondern im ganzen deutschen Reiche die lebhafteste Freude hervorgerufen hat, und der Schwester des Erbprinzen von Nassau-Luxemburg freund- und verwandtschaftliche Beziehungen wieder die Häuser Hohenzollern und Nassau einander genähert haben —, so darf man nach der politischen Seite die betreffenden Länder nur dazu beglückwünschen. Wir setzen dabei natürlich voraus, daß die Bedingungen, welche bei fürstlichen Ehen nicht minder wie in anderen Ständen zum Eheglück nothwendig sind, auch in diesem Falle sich erfüllen. Wie das deutsche Volk aller Orten sich des innigen Freundschaftsverhältnisses erfreut, welches die deutschen regierenden Bundesgenossen von Kaiser und Reich mit dem hohenzollernschen Kaiserhause verbindet, so wird jeder wahre Vaterlandsfreund, dem das particularistisch-ultramontane Welfenthum auch nur oberflächlich entgegengetreten ist, dem Herzog von Nassau die Anerkennung nicht vorenthalten, daß er diesem und ähnlichem Treiben stets ferngestanden und sein Schicksal, welches ihm schlechte Rathgeber bereitet haben, mit Ehren als deutscher Mann und Fürst getragen hat. Auch sein jüngstes Auftreten und Verhalten während der mit Schwierigkeiten aller und ganz eigenthümlichen Art umgebenen luxemburgischen Regentschaftsepisode hat ihn Allen, welche die dortigen Verhältnisse kennen, als taktvollen und der Selbstbeherrschung fähigen Politiker gezeigt, was für seine künftige Regierung das Beste verheißt. Und wenn jetzt die Kunde sich bewahrheitet, daß sein Sohn und Erbe, dem nach menschlicher Voraussicht die Herrschaft im Großherzogthum Luxemburg auf lange Zeit bestimmt ist, mit dem deutschen Kaiser- und preußischen Königshause in das engste Verwandtschaftsbündniß tritt, so spricht dies nicht nur aufs Neue dafür, daß im Hause Nassau alte Dinge vergessen und verständig hingenommen sind, sondern es liegt auch eine weitere Bürgschaft darin für das große deutsche Reich und das kleine Nachbarland mit deutscher Bevölkerung, daß unbeschadet der völkerrechtlichen und von allen Großmächten verbürgten Neutralität und Unabhängigkeit Luxemburgs ein gut freundschaftliches, die materiellen Interessen des Landes förderndes Verhältniß zu Deutschland fortdauern und sich weiter entwickeln wird, wie dies schon die Zolleinigung darstellt. In Deutschland wird man sich gewiß doppelt geneigt zeigen, in Zukunft in diesen und ähnlichen Dingen jedes zulässige Entgegenkommen zu bethätigen.

Der „Rheinische Kurier“ hält der „Post“ gegenüber die Nachricht von der bevorstehenden Verlobung des Erbprinzen von Nassau mit der Prinzessin Margarete aufrecht. Es handle sich um thatsächliche Vorgänge, nicht blos um ein Gerücht oder eine leere Combination.

* In der Marinebestechungs-Angelegenheit ist als einer der Hauptbetheiligten der Kaufmann Warnebold aus Bremen genannt worden. Da er sich aus Bremen entfernt hatte, war ein Steckbrief hinter ihm erlassen, und außerdem war er in einer amtlichen Bekanntmachung des Reichsamts der Marine von jeder Lieferung für die Marine für ausgeschlossen erklärt worden. Herr Warnebold ergreift nun in der Angelegenheit das Wort, indem er an den „Bremer Kurier“ ein Schreiben aus London richtet, dessen hauptsächlichsten Inhalt das Blatt mittheilt:

Herr Warnebold beginnt damit, daß er bis zum 31. Juli d. J. im Interesse des deutschen Marinefiscus in London thätig gewesen, dann eine Erholungsreise nach Schottland gemacht habe, woselbst er erkrankt sei und nach seiner Rückkehr nach London zu seinem größten Erstaunen erfahren habe, in welch schmählichen Verdacht er in seiner Heimath gerathen sei. Herr W. stellt es entschieden in Abrede, daß er Beamte der kaiserlichen Marine bei Ankäufen von Hölzern in irgend welcher Art proficiren ließ, und es könne von unredlichen Operationen absolut keine Rede sein, was die Gerichtsverhandlungen in Berlin, wohin er dieser Tage fahren werde, ergeben würden. Ferner sei es unrichtig, daß W. in der Lage gewesen, durch seine Beziehungen zu Beamten einer Kunstmühle Lieferungen für die kaiserliche Werft zuzuwenden. Weder direct noch indirect habe er Lieferungen von Mehlfabrikaten an die Marine ausgeführt, sondern nur seit längeren Jahren für eine Firma Ankäufe von Schiffszwieback bewerkstelligt, für deren Lieferung die Firma Verträge hatte. Unrichtig sei auch, daß ein Rendant Kaufmann Gelder zu Speculationen vorgeschossen, da W. Speculationen nie unternommen habe. Herr W. schließt seinen Brief mit der Mittheilung, daß es ihm nie in den Sinn gekommen sei, sich durch die Flucht den Gerichten zu entziehen; erst nach Beendigung seiner schottischen Reise habe er von der Erlassung eines Steckbriefes gehört. Da er an dem ihm zur Last Gelegten unschuldig sei, habe er sofort an den Untersuchungsrichter in Berlin geschrieben, daß er sich Letzterem nach Beendigung der dringendsten Geschäfte sofort zur Verfügung stellen werde, was er schon längst gethan haben würde, wenn er nur eine einzige Aufforderung erhalten hätte. Letzteres hätte um so leichter geschehen können, als den Gerichten seine Adresse bekannt gewesen sei.

Was an den Angaben dieses Briefes richtig ist, läßt sich nicht beurtheilen; indessen ist kaum anzunehmen, daß die oben erwähnten amtlichen Schritte gegen Herrn Warnebold ohne die dringendsten Verdachtsgründe unternommen worden wären.

* Aus Fulda, 22. August, wird uns geschrieben: „Ueber die hierselbst gepflogenen Berathungen der preußischen Bischöfe wird uns noch mitgetheilt, daß eine Anweisung an die Curatgeistlichkeit hinsichtlich der feierlichen Begehung des Gedenktages des hl. Joseph (19. März) festgestellt wurde. Von einem von vielen Seiten gewünschten Vorgehen nach der Richtung, daß der Bonifacius-Tag (5. Juni) fortab wieder als förmlicher Feiertag möge anerkannt werden, nahmen die Prälaten gutem Vernehmen nach deshalb Abstand, weil die Zustimmung der betheiligten Regierungen kaum zu erlangen sein dürfte. — Die gestern bereits abgeschlossenen Verhandlungen wurden übrigens anläßlich einer aus Rom eingetroffenen Depesche heute früh wieder aufgenommen; es soll sich um wichtige kirchenpolitische Gegenstände handeln. Der Vertreter des Bisthums Münster, Dr. Giese, reiste schon heute Vormittag ab.“

* * *

* Von wohl unterrichteter Seite wird der „Vossischen Zeitung“ aus Wien geschrieben: „Der Rücktritt des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szechenyi, ist im Laufe der letzten Jahre so häufig in dem einen oder anderen Blatte angekündigt worden, daß die darauf bezüglichen Gerüchte nachgerade gar keine Beachtung mehr fanden. So erging es auch der jüngsten Meldung der „Kreuzzeitung“, die, so viel wir wissen, blos von einem einzigen Wiener Blatte abgedruckt wurde. Es hat aber den Anschein, daß die Nachricht dieses Mal doch auf einer thatsächlichen Grundlage beruht, und die „Kölnische Zeitung“ war mit ihrer Ableugnung, wonach die Meldung jeder Begründung entbehre, allzu rasch bei der Hand. Unmittelbar bevorstehend ist der Rücktritt des Grafen Szechenyi allerdings nicht, er tritt sicherlich zunächst einen Urlaub an und wird auch nach Ablauf desselben nach Berlin zurückkehren, so daß der Wechsel in der Vertretung Oesterreich-Ungarns in Berlin unter allen Umständen erst nach einigen Monaten eintreten kann. Daß aber ein solcher Wechsel in nicht ferner Zeit in Aussicht steht, scheint sich zu bewahrheiten. Ueber die Frage der Neubesetzung des Berliner Botschafterpostens schon heute zu sprechen, wäre entschieden zu früh.“

* Eine nicht zu unterschätzende Gefahr droht der deutschen Sprachinsel Gottschee im südlichen Krain durch die immer mehr zunehmende Auswanderung der Bewohner nach Amerika. Der unfruchtbare Karstboden vermag selbst die sehr dünne Bevölkerung — auf 16 Geviertmeilen wohnen nur 26—27 000 Seelen — nicht zu ernähren; der Hausirhandel, durch welchen ein Theil der Gottscheer seit Ende des 15. Jahrhunderts seinen Unterhalt erwarb, ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr eingeschränkt worden; die Holzindustrie, welche durch den Wiener Schulverein 1882 eingeführt wurde, ist noch in den Anfängen und gewährt erst wenigen Hunderten andauernde Beschäftigung. Die Regierung thut für das entlegene Gebiet so gut wie nichts, der schon vor zehn Jahren geplante Eisenbahnbau von Laibach nach Gottschee ist noch in weiter Ferne. Die Höfe und Aecker der auswandernden Gottscheer gehen meist in die Hände der Slovenen über, die in den slovenischen Pfarrern und in den zum Theil slowenischen Lehrern der Sprachinsel tüchtige Führer finden und bald slawischen Unterricht und Gottesdienst verlangen und bekommen.

* Aus Pest wird vom 20. August geschrieben: Bei der Versammlung der sächsischen Nations-Universität wurden Gustav Freytag und die Universitätsprofessoren in Berlin, Dr. Gneist und Dr. G. A. Meitzen, zu Ehrenmitgliedern der Siebenbürgischen historischen Gesellschaft gewählt. In der Versammlung herrschte eine stark betonte nationale Stimmung. Probst Salzer begrüßte die evangelischen Bischöfe als Zierden des teutonischen Stammes, er verglich das Schicksal des Sachsenstammes mit dem einer versunkenen Stadt am Meeresgrunde, aus dessen Tiefe noch deutsche Worte klingen. Mit Bezug auf die Magyarisirung sagte Salzer: „Ein Volk mit vielhundertjähriger Geschichte, mit eigener Sprache, eigener Erinnerung kann in einer anderen Nation nicht aufgehen.“ — Pfarrer Fröhlich erhob sein Glas auf die sächsische Mutter, indem er die Zumuthung, die Kinder in die ungarische Schule zu schicken, mit den Worten zurückwies: „Zuerst sollen unsere Kinder deutsch lernen, Deutsche werden. Dann mögen sie auch ungarisch lernen.“ Dieser Toast erweckte große Begeisterung. — Während der Versammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Elisabethstadt langten Begrüßungstelegramme ein vom Professor Schwicker [illegible] aus Czernowitz und von Professor Fricke aus Leipzig.

* Es scheint, so wird der „National-Zeitung“ aus Brüssel geschrieben, als ob die Untersuchung wegen des mit den Enthüllungen der „Nouvelle Revue“ in Verbindung stehenden Documentendiebstahls um einige Schritte weiter gediehen sei. Diese Schriftstücke, welche auf die Unruhen im Hennegau Bezug hatten, befanden sich nämlich in der Registratur des Ministeriums des Aeußeren, von wo sie nur durch bevollmächtigte Personen gegen Empfangsbescheinigungen abgeholt werden durften. Derartige Empfangsbescheinigungen sind vorhanden von dem Ministern Beernaert, Devolder und Fürst Chimay, von dem Abg. Frère-Orban und von einem gewissen Rieter, Privatsecretair des Fürsten Chimay. Die letztere Persönlichkeit besaß jedoch kein Recht, ein Document für eigenen Gebrauch zu holen oder die Quittung auszustellen. Kürzlich wurde in dem Bureau dieses Rieter eine Haussuchung vorgenommen, über deren Resultat einstweilen noch Nichts bekannt ist. Die Annahme erscheint jedoch begründet, daß Rieter an der Entwendung der Schriftstücke betheiligt war, da derselbe auch mit Mondion, welchen er bereits als Hauslehrer der Kinder des Fürsten Chimay kannte, Beziehungen unterhielt. Rieter war auch jener angebliche Ministerialbeamte, welcher gelegentlich der Anwesenheit des Generals Boulanger denselben officiell benachrichtigte, daß sein Aufenthalt in Brüssel nur unter gewissen Bedingungen geduldet werden könne.“

* Der „Politischen Correspondenz“ wird die Meldung des „Journal des Débats“, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Madrid, Graf Dubsky, der Königin-Regentin die Bitte unterbreitet habe, sie möge ihren ganzen Einfluß dahin verwenden, daß der Papst nicht nach Spanien komme, von gut unterrichteter Seite als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

* Die Zustände auf Irland entwickeln sich nach und nach in einer Weise, welche der vom Ministerium Salisbury daselbst befolgten Politik des Zwanges ein recht vortheilhaftes Zeugniß ausstellt. Da ist einmal der von der irischen Gefängnißverwaltung erstattete Jahresbericht für 1888, aus